

Stand: 16.06.2026 19:05:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/12398

"Vertrauen in den Rechtsstaat sichern – Staatsregierung muss IT-Chaos in der Justiz endlich beenden! Sofortprogramm „Stabile Justiz-IT“"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/12398 vom 16.06.2026



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Nicole Bäuml, Ruth Müller, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

**Vertrauen in den Rechtsstaat sichern – Staatsregierung muss IT-Chaos in der Justiz endlich beenden! Sofortprogramm „Stabile Justiz-IT“**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich ein Sofortprogramm „Stabile Justiz-IT“ zur (Wieder-)Herstellung und Sicherung eines dauerhaft stabilen Betriebs der elektronischen Akte vorzulegen.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, dem Landtag unverzüglich über das Ausmaß der Störungen und Ausfälle der IT-Systeme, insbesondere der elektronischen Akte, bei Gerichten und Staatsanwaltschaften zu berichten.

Insbesondere soll berichtet werden,

- wie viele Störungen, Teilausfälle und Komplettausfälle seit dem 1. Januar 2026 an den Gerichten und Staatsanwaltschaften in Bayern aufgetreten sind,
- welche Gerichte und Staatsanwaltschaften betroffen waren,
- wie lange die jeweiligen Ausfälle andauerten,
- welche Auswirkungen die Störungen auf den Geschäftsbetrieb, den elektronischen Rechtsverkehr, Fristen, Sitzungstage und die Bearbeitungszeiten von Verfahren hatten,
- ob es infolge der Ausfälle zu Verzögerungen oder Fristversäumnissen gekommen ist,
- welche Ursachen den Störungen zugrunde lagen,
- welche Notfall- und Ausweichkonzepte bestehen und wie deren Funktionsfähigkeit bewertet wird.

Des Weiteren soll berichtet werden, welche personellen, organisatorischen und technischen Maßnahmen seit dem Schreiben des Bayerischen Richtervereins vom 17. März 2025 ergriffen wurden, um die Stabilität der IT-Systeme zu verbessern.

### **Begründung:**

Es ist ein mehr als alarmierendes Signal, wenn sich Angehörige der dritten Gewalt gezwungen sehen, die Öffentlichkeit zu bemühen, um auf IT-Missstände aufmerksam zu machen. So wandte sich ein Richter vor wenigen Tagen anonym an die Presse (TZ und Merkur vom 7. Juni 2026) und schilderte gravierende IT-Probleme, wie etwa tagelange Ausfälle der elektronischen Akte. „Als Richter in Bayern sehe ich mich veranlasst, auf einen gravierenden Missstand aufmerksam zu machen, der die Funktionsfähigkeit

unseres Rechtsstaats zunehmend gefährdet“, so die besorgniserregende Analyse des Richters. Dem Staatsministerium der Justiz blieb nichts anderes übrig, als die massiven Probleme einzuräumen.

Umso bedenklicher ist dies alles, da die Probleme seit Langem bekannt sind und selbst ein Brandbrief des Bayerischen Richtervereins vom 17. März 2025 – also vor über einem Jahr – schlichtweg verhallt ist.

In einem durchaus sehr außergewöhnlichen Schritt kritisierte der Bayerische Richterverein seinerzeit die massiven IT-Probleme und forderte dringend wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Systemstabilität.

Dass die Kritik des Bayerischen Richtervereins und die vielen Hinweise aus der Praxis nicht zu einer Verbesserung geführt haben, wirft erhebliche Fragen hinsichtlich des IT-Managements der Staatsregierung auf.

Die Digitalisierung der Justiz darf nicht dazu führen, dass Gerichte und Staatsanwaltschaften handlungsunfähig werden. Ein funktionierender Rechtsstaat ist auf eine verlässliche technische Infrastruktur angewiesen. Wiederkehrende Ausfälle zentraler IT-Systeme gefährden die Arbeitsfähigkeit der Justiz, verzögern Verfahren und beeinträchtigen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Leistungsfähigkeit staatlicher Institutionen.

Die Funktionsfähigkeit der Justiz gehört zum Kernbereich staatlicher Daseinsvorsorge und ist unverzichtbare Voraussetzung für einen wirksamen Rechtsstaat. Die IT-Probleme sind ein Armutszeugnis für die Staatsregierung.